

Hannover, den 07.05.2003

**Mündliche Anfragen
gemäß § 47 der Geschäftsordnung
des Niedersächsischen Landtages**

1. Abgeordnete Ursula Körtner (CDU)

Abschlussbilanz der SPD-geführten Landesregierung - keine Vorsorge im Kultushaushalt

Die SPD-geführte Landesregierung hat im Rahmen des Landeshaushaltes 2003 für viele Vorhaben im Bildungsbereich keinerlei Vorsorge durch Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen getroffen. Zwar sind noch 300 Stellen für allgemein akzeptierte Vorhaben wie Hochbegabtenförderung, mehr Naturwissenschaften an Gymnasien sowie Ganztagschulen vorhanden, für die weiter steigenden Schülerzahlen auch zum Schuljahresbeginn 2003/2004 wurde jedoch keinerlei Vorsorge getroffen. Gleiches gilt für die 700 Lehrerstellen, die im November besetzt wurden. Diese sind offensichtlich im Landeshaushalt 2003 nicht durch entsprechende zusätzliche Landesmittel abgesichert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der zusätzliche Lehrbedarf zum Schuljahresbeginn 2003/2004 durch die weiter steigenden Schülerzahlen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen?
2. Welche Finanzierungslücke ergibt sich im Rahmen des Landeshaushaltes 2003 durch die im November 2002 besetzten 700 Lehrerstellen, die im Landeshaushalt 2003 an keiner Stelle finanziert sind?
3. Welcher weitere zusätzliche Lehrbedarf ergibt sich etwa durch die weitere Einführung der Verlässlichen Grundschule und andere Maßnahmen, die im Landeshaushalt 2003 seitens der Vorgängerregierung nicht durch zusätzliche Lehrerstellen abgedeckt ist?

2. Abgeordneter Joachim Albrecht (CDU)

Genehmigung freiwilliger Ganztagsangebote

Die SPD-Vorgängerregierung hat Ganztagschulanträge nur dann genehmigt, wenn an mindestens zwei Nachmittagen Pflichtunterricht für alle Schülerinnen und Schüler erteilt wird. Demgegenüber fordern viele Eltern insbesondere im ländlichen Raum immer wieder ein, dass Nachmittagsangebote auf freiwilliger Basis vorgehalten werden sollen, um individuelle und maßgeschneiderte Lösungen für Eltern und Schüler zu ermöglichen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird sie künftig wieder Ganztagsschulangebote auf freiwilliger Basis genehmigen und damit dem Wunsch vieler Eltern entsprechen?
2. Inwieweit haben die einzelnen Gebietskörperschaften im Rahmen der von der Landesregierung eingeräumten Optionen auf Ganztagsschulangebote diese Optionen durch entsprechende Anträge bereits ausgeschöpft?
3. In welchem Umfang und an welchen Schulstandorten sind entsprechende Anträge genehmigt worden, die nicht über ein entsprechendes pädagogisches Konzept verfügen und die ohne die notwendige verbindliche Einbindung der betroffenen Schulen gestellt worden sind?

3. Abgeordnete Ingrid Eckel, Ingolf Viereck (SPD)

Erweiterung der Fachhochschule

Am 28. Januar 2003 hat der damalige Minister für Wissenschaft und Kultur, Thomas Oppermann, eine Vereinbarung mit der Stadt Wolfsburg über den weiteren Ausbau der Fachhochschule am Standort Wolfsburg unterzeichnet. Nach dem Beschluss der Landesregierung soll in den kommenden Jahren der Fachhochschulstandort Wolfsburg mit einem Gesamtvolumen von 26,7 Millionen Euro ausgebaut werden. Diese Entscheidung trägt zur weiteren Stärkung der gesamten Region als bedeutender Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort bei. Die Stadt Wolfsburg hatte angeboten, sich wie beim ersten Bauabschnitt der Fachhochschule zu beteiligen, um so möglichst schnell den Raum für rund 2 000 Studierende zu schaffen. Nach der ausgehandelten und vom Rat am 29. Januar 2003 einstimmig beschlossenen Vereinbarung übernimmt die Stadt die voraussichtlichen Bauzeitinsen von bis zu einer Million Euro Eigenbeteiligung

Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung sollen das Projekt über ein Investorenmodell realisiert und anschließend die Baulichkeiten sowie die Grundstücke vom Land erworben werden. Durch den geplanten Ausbau werden die Bereiche Gesundheitswesen und Wirtschaftswissenschaften sowie Fahrzeug-, Produktions- und Verfahrenstechnik räumlich konzentriert, zudem wird der Bereich um den Neubau einer Mensa und einer Bibliothek ergänzt. Durch die Gesamtmaßnahme erhält der Standort einen Fachhochschulcampus. Mit diesen Investitionen werden die Studienbedingungen in Wolfsburg nachhaltig verbessert. Außerdem wird der weitere Ausbau der Fachhochschule entscheidende Impulse für die künftige Entwicklung der gesamten Wirtschaftsregion geben.

Durch die erzielte Vereinbarung wurde der schwierigen Finanzlage des Landes Rechnung getragen und mit der städtischen Eigenbeteiligung eine tragfähige Lösung gefunden. Stadt und Land haben ein gemeinsames Interesse an der zügigen Realisierung der Ergebnisse des Architektenwettbewerbs. Das Gesamtvolumen sollte bis zum Jahr 2007 abgeschlossen sein. Ab dem Jahr 2005 war vereinbart, dass das Land in vier Kaufraten die Neubauten entsprechend dem Investitionsvolumen bis zu einer Höchstsumme von 26,7 Millionen Euro erwirbt.

Nach Aussage des Pressesprechers aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur steht nunmehr das Projekt erneut auf dem Prüfstand (*Wolfsburger Nachrichten* vom 28. März 2003).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die zwischen Stadt und Land erzielte Vereinbarung über die Erweiterung des Fachhochschulstandortes Wolfsburg infrage gestellt ist?
 2. Welche zeitlichen Verzögerungen gegenüber den bisherigen Planungen sind damit verbunden?
 3. Inwieweit sind die Verantwortlichen bei der Stadt Wolfsburg über den aktuellen Sachverhalt informiert, und welche Alternativen für die unverzügliche Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse gibt es?
4. Abgeordneter Ingolf Viereck (SPD)

Catering & Service Perspektiv GmbH - Eine Wolfsburger Beschäftigungsinitiative

Mit der Gründung einer Catering & Service Perspektiv GmbH will die Stadt Wolfsburg benachteiligte Zielgruppen des Arbeitsmarktes mit Beschäftigung und Beschäftigungsförderung stabilisieren und ihnen neue Entwicklungschancen und Perspektiven eröffnen.

Der Gesellschaft obliegt im Wesentlichen die Beschäftigung von marktbenachteiligten Arbeitlosen bzw. von insbesondere jungen Erwachsenen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, ihre Integration in den weiteren Arbeitsprozess, die Durchführung von arbeitsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen, den Transfer und die Vermittlung in andere Unternehmen aktiv zu fördern und zu unterstützen.

Der Geschäftsbereich Jugend der Stadt Wolfsburg ist Teil eines Netzwerkes mit Arbeitsverwaltung, Volkswagen AG, VW-Coaching, WOB-AG, Sozialamt, Beratungsstellen, RVA, Bildungsträgern, Gewerkschaften und Kammern. Es gibt eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen zur Vermittlung marktbenachteiligter junger Erwachsener in Ausbildung oder Arbeit. Eine Marktbenachteiligung ist insbesondere begründet in mangelnden Deutschkenntnissen, unterdurchschnittlichen Schulzeugnissen und Unter- bzw. Überschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit.

Für viele junge Erwachsene, die aus einer dieser Maßnahmen kommen, fehlt eine Perspektive, da es zu wenig zielgruppengerechte Arbeitsplätze gibt. Es fehlen Beschäftigungsangebote im Bereich von einfachen Anlern- bzw. Helfertätigkeiten.

Hier setzt die Catering & Service Perspektiv GmbH an, indem ein konkreter Bedarf aus der Automobilindustrie im Bereich Catering (Bedienung eines Speiserverteilerzentrums) in einem ersten Schritt bedient werden soll.

Ziel ist es, junge Erwachsene unter Marktbedingungen so weit zu fördern, dass sie über diesen Weg in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Die Jugendlichen haben zunächst die Möglichkeit, im Rahmen der Jugendwerkstätten oder anderer adäquater Maßnahmen so genannte „Arbeitstugenden“ (Pünktlichkeit, Verlässlichkeit etc.) zu erlernen, um dann entsprechend ihren Fähigkeiten diesen Schonraum eines Arbeitslosenprojektes zu verlassen.

Trotz dieser vorgeschalteten Maßnahmen sind sie noch nicht ausreichend für den ersten Arbeitsmarkt geeignet, da ihnen entsprechende Erfahrungen in einem realen Betrieb fehlen. Deshalb ist der angestrebte Jugendhilfebetrieb eine bisher fehlende logische Konsequenz. Sie fehlt bisher im Rahmen der Angebote zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Nur durch die Qualifikation und Arbeit unter realen Marktbedingungen erlangen junge Erwachsene Attraktivität für Arbeitgeber des ersten Arbeitsmarktes.

Bewähren sich die Jugendlichen im Rahmen der Catering & Service Perspektiv GmbH, haben sie gute Chancen, in den Bereich der Wirtschaftsbetriebe der Volkswagen AG, Auto5000 oder aber auch anderer mittelständischer Dienstleistungsbetriebe übernommen zu werden. Es geht also nicht darum, im Rahmen der GmbH einen festen Personalstamm aufzubauen, sondern dies als arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Vermittlung benachteiligter junger Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu nutzen.

Die Beschäftigungsdauer der jungen Menschen soll nicht länger als ein Jahr, höchstens zwei Jahre betragen. Erwirtschaftete Überschüsse werden zur Einrichtung weiterer Integrationsarbeitsplätze genutzt.

Damit wird die Catering & Service Perspektiv GmbH zur Drehscheibe bei der Integration benachteiligter junger Erwachsener in den ersten Arbeitsmarkt.

Für die Geschäftsfelder Industriecatering und Fertigungsservice ist die Aufnahme in das Landesprogramm „Soziale Betriebe“ beantragt worden. Auftraggeber für die Arbeitsbereiche ist die Auto5000 GmbH.

Nach intensiven Gesprächen zwischen allen beteiligten Stellen wurde vom Land Niedersachsen eine Förderung von rund 18 Jugendlichen in Aussicht gestellt. Bis zum Jahr 2006 sollten ca. 600.000 Euro Landesmittel fließen. Eine entsprechende Ratsvorlage zur Gründung der Gesellschaft wurde kurzfristig von der Verwaltung zurückgezogen, weil die neue Landesregierung dieses Vorhaben nicht mehr unterstützen möchte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das Land die Gründung der Catering & Service Perspektiv GmbH nicht mehr fördern will?
2. Falls aus dem Landesprogramm „Soziale Betriebe“ keine finanzielle Unterstützung möglich sein sollte, aus welchem anderen Arbeitsmarktprogramm könnte eine Landesbezuschussung erfolgen?

3. Wann kann die Stadt Wolfsburg angesichts des enormen Zeitdrucks für den Start dieses sinnvollen Projektes für arbeitslose Jugendliche mit einer Entscheidung rechnen?
5. Abgeordnete Michael Albers, Ulla Groskurt, Uwe Harden, Marie-Luise Hemme, Gerda Krämer, Manfred Nahrstedt, Uwe Schwarz, Dr. Gitta Trauernicht, Dörte Weddige-Degenhard (SPD)

Neuer Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit?

In einer Presseerklärung vom 02. April 2003 kündigt die niedersächsische Sozialministerin Frau von der Leyen an, die Landesregierung werde den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit verstärken. Abgesehen von der Tatsache, dass sich die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen im Bundesländervergleich zwischen 2001 und 2003 am günstigsten entwickelt hat, ist aus der Presseerklärung nicht zu entnehmen, worin die neue Qualität der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich mit der alten Landesregierung überhaupt bestehen soll. Der bereits beschrittene Weg wird fortgeführt. Für das Prinzip des Förderns und Forderns sowie für die Jugendbüros wurden lediglich neue Namen erfunden, wobei ein Gesamtkonzept nach Auffassung Betroffener nicht erkennbar ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Worin sollen sich die neuen „Pro-Aktiv-Zentren“ von den bisherigen Jugendbüros unterscheiden?
 2. Werden die für die zur Verstärkung des Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit angekündigten 30 Millionen Euro zusätzlich zu den ohnehin im Landeshaushalt verankerten Arbeitsmarktmitteln veranschlagt?
 3. Welche konkreten Aufgaben und finanziellen Beiträge werden die an der angekündigten konzertierten Aktion zur schulischen und beruflichen Weiterqualifizierung zu beteiligenden Institutionen (Schulen, Jugendhilfe, Kommunen, Arbeitsverwaltung und Wirtschaft) übernehmen?
6. Abgeordneter Volker Brockmann (SPD)

Fortsetzung des Landesprogramms zur Stärkung der Hauptschule

Durch das Landesprogramm zur Stärkung der Hauptschule, an dem sich 191 Hauptschulen in Niedersachsen beteiligen und das in den Jahren 2002 und 2003 jeweils mit ca. 5,3 Millionen Euro ausgestattet war bzw. ist, ist es an zahlreichen Hauptschulen möglich geworden, Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einzurichten. Die Tätigkeit dieser Fachkräfte erfolgte auf der Grundlage von differenzierten Konzepten, die dem Kultusministerium vorzulegen waren.

Diese Arbeit hat sich äußerst positiv auf die Entwicklung der beteiligten Hauptschulen ausgewirkt. Bereits heute ist eine Verbesserung der Erziehungsarbeit und des Bildungsauftrages der beteiligten Hauptschulen zu konstatieren. Die gezielte individuelle Beschäftigung der Sozialpädagoginnen und -pädagogen mit den spezifischen Problemen der Schülerinnen und Schüler hat die Ausbildungs- und Berufsfähigkeit deutlich gestärkt. Da dieses erfolgreiche Programm bis zum Jahresende 2003 befristet ist, frage ich die Landesregierung:

1. Teilt sie meine dargestellte Einschätzung der Arbeit im Rahmen des Landesprogramms?
2. Ist im Interesse der Kontinuität und Planungssicherheit für Schulen, Eltern und vor allem für die Schülerinnen und Schüler geplant, das Landesprogramm in der bisherigen oder einer adäquaten Form fortzuführen?
3. Plant die Landesregierung, dazu Haushaltsmittel einzusetzen, und wenn ja, in welcher Höhe?

7. Abgeordnete Heike Bockmann (SPD)

Gen-Datei jetzt doch für Ladendiebe und Schwarzfahrer?

Innenminister Uwe Schünemann hat in der 121. Plenarsitzung der 14. Wahlperiode des Landtags am 20. November 2002 noch aus der Opposition heraus erklärt, dass er „überhaupt nicht verstehen“ könne, „dass man die DNA-Analyse, eine moderne Technik, die es ermöglicht, Straftäter sehr schnell und auch ganz zweifelsfrei dingfest zu machen, nicht so anwendet, wie es möglich wäre“. Weiter führte er, wie im Protokoll der Plenarsitzung nachzulesen ist, aus: „Deshalb sind wir der Überzeugung, dass es möglich sein muss, die DNA-Analyse bei jeder Straftat anzuordnen. Sie sollten sich gerade bei der DNA-Analyse nicht so aufregen. Sie ist nichts Weiteres als ein moderner Fingerabdruck.“ Mit seiner Forderung nach einer allumfassenden Gen-Datei konnte sich der Innenminister in den Koalitionsgesprächen jedoch nicht durchsetzen. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP enthält jedenfalls eine deutlich entschärfte Passage zur DNA-Analyse, die inhaltlich nicht über einen entsprechenden Antrag der SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktionen hinausgeht, der ebenso wie eine Bundesratsinitiative Baden-Württembergs die Erweiterung der Gen-Datei auf den gesamten Bereich der Sexualstraftaten vorsieht.

Ungeachtet der Koalitionsvereinbarung und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat sich Innenminister Uwe Schünemann zwischenzeitlich erneut dafür ausgesprochen, die Gen-Datei weiter auszuweiten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche über den Bereich der Sexualstraftaten hinausgehenden Ausweitungen der Gen-Datei hält sie für erforderlich und realisierbar?
2. Welche Bedenken bestehen nach ihrer Auffassung insbesondere vor dem Hintergrund der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gegen eine Ausweitung der Gen-Datei auf „alle Straftäter, von denen schwere Straftaten zu erwarten sind“?
3. Anhand welcher Kriterien kann nach ihrer Auffassung beurteilt werden, ob von einem Schwarzfahrer, von einem Betrüger oder von einem Ladendieb in Zukunft eine Sexualstraftat oder eine andere schwere Straftat zu erwarten ist?

8. Abgeordnete Karin Stief-Kreihe (SPD)

„PROLAND-Förderprogramm für den ländlichen Raum“

Das Programm PROLAND ist ein wichtiges Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum. „Auch wir werden unseren Beitrag zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer ländlichen Gemeinden zur Entwicklung kleiner und mittlerer Betriebe und zum Erhalt oder Schaffung neuer Arbeitsplätze mit dem Förderprogramm leisten“, so Herr Minister Ehlen im Fachausschuss am 28. März 2003.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen auf die einzelnen Programmpunkte hat die Festlegung im Koalitionsvertrag, dass „die investiv nutzbaren EU- und Bundesmittel vollständig gebunden werden“ sollen, und wie viel Mittel stehen im Haushalt 2003 (Landesmittel) zur Verfügung?
2. Welche Veränderungen der Förderrichtlinien sind noch vorgesehen?
3. Welche Planungssicherheit haben die Kommunen und privaten Investoren hinsichtlich der bestehenden Richtlinien?

9. Abgeordneter Uwe Harden (SPD)

Fällt Landesgartenschau 2006 dem Regierungswechsel zum Opfer?

Im November 2002 hat die Landesregierung beschlossen, die Ausrichtung der Landesgartenschau 2006 der Stadt Winsen an der Luhe zu übertragen. Winsen hat sich in einem Wettbewerb mit einem überzeugenden Konzept gegen harte Konkurrenz durchgesetzt. Diese Entscheidung der Landesregierung hat in Winsen eine unglaubliche Aufbruchstimmung erzeugt, die insbesondere der Innenstadt neue Perspektiven bieten soll.

Winsen hatte mit der Aufgabe des BGS-Standortes ein erhebliches Konversionsproblem zu lösen, in dessen Folge in der Innenstadt Leerstandsprobleme auftauchten. Mit der Landesgartenschau käme die Luhestadt der Lösung ein gutes Stück entgegen. Nun verlautet gerüchteweise aus der Landesregierung, dass die Landesgartenschau 2006 zu den Streichvorschlägen des Landwirtschaftsministers gehört.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt sie meine Meinung, dass die Landesgartenschau 2006 unverzichtbar für die Profilierung Niedersachsens als Kleinod im gärtnerischen Bereich ist?
2. Teilt sie ferner die Meinung, dass die von der alten Landesregierung zugesagten Mittel in Höhe von maximal insgesamt 5 Millionen Euro notwendig sind, um das vorgelegte Konzept zu verwirklichen?
3. Hält sie an der der Stadt Winsen zugesagten Ausrichtung der Landesgartenschau 2006 ohne finanzielle Abstriche fest?

10. Abgeordnete Heidi Merk (SPD)

Umsetzung der Familiengeldpläne

Dem *Göttinger Tageblatt* vom 1. April 2003 war zu entnehmen, dass sich die neue Sozialministerin für ein Familiengeld ausspreche und dies in verschiedenen Staffeln eingeführt werden solle.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Überlegungen zur Einführung des Familiengeldes bestehen seitens der Landesregierung?
2. Mit welchem finanziellen Volumen muss dabei in Niedersachsen gerechnet werden, und wie soll die zeitliche und finanzielle Staffelung aussehen?
3. Sollte es sich um eine Überlegung für die gesamte Bundesrepublik Deutschland handeln, wann wird danach die Landesregierung eine Bundratsinitiative starten?

11. Abgeordnete Hans-Joachim Janßen, Meta Janssen-Kucz, Dorothea Steiner (GRÜNE)

Verbesserung der ökologischen Situation des Ems-Dollart-Raumes

Mit Datum vom 04.07.1994 wurde zwischen der Niedersächsischen Landesregierung und den Umweltverbänden BUND, NABU und der Umweltstiftung WWF eine Vereinbarung getroffen, die ökologische Situation des Ems-Dollart-Raumes zu verbessern.

Im § 2 dieser Vereinbarung sichert die Niedersächsische Landesregierung unter anderem zu, sich beim Niedersächsischen Landtag nachdrücklich für eine Zustiftung zur Niedersächsischen Umweltstiftung einzusetzen mit dem Ziel, innerhalb von zehn Jahren einen Zustiftungsbetrag von 10 Mio. DM zu erreichen.

In ihrer Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten Frau Steiner (Drs. 14/3300) vom 25.04.2002 führt die Landesregierung u. a. aus, zur Errichtung einer Zustiftung zur Niedersächsischen Umweltstiftung seien die Verhandlungen zwischen dem Umwelt-, Finanz- und Wirtschaftsministeri-

um noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt worden. Die Landesregierung werde dies „...aber im Zuge der Aufstellung des nächsten Haushalts zum Gegenstand der Beratungen machen“.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Sieht sie die Vereinbarung mit den Umweltverbänden nach wie vor als in allen Punkten verbindlich an?
2. Wann, in welchen Schritten und mit welcher Gesamtsumme plant die Landesregierung, die vereinbarte Zustiftung zur Niedersächsischen Umweltstiftung zu vollziehen?
3. Ist für die zweckgebundene Vergabe der Stiftungserträge zur Verbesserung der ökologischen Situation im Ems-Dollart-Raum ein besonderes Entscheidungsgremium vorgesehen, und wie werden die Umweltverbände angemessen an den Vergabeentscheidungen beteiligt?

12. Abgeordnete Brigitte Somfleth, Uwe Harden, Silva Seeler (SPD)

Erhalt der Spielbank Hittfeld

Ende Mai des vergangenen Jahres wurde bekannt, dass nach Einbußen in Höhe von rund einem Drittel bei Gästen und Umsatz an den Spieltischen der zehn niedersächsischen Spielcasinos seit 1996 die Spielbankengesellschaft in einem Sanierungsplan prüft, das „Klassische Spiel“ in Hittfeld und Bad Pyrmont einzustellen. Die zu treffende Entscheidung würde, so hieß es, jedoch entscheidend von der Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten abhängen.

In der Zwischenzeit hat es mehrere Gespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Casinos und der Spielbankengesellschaft, z. T. in Anwesenheit des Staatssekretärs W. Lichtenberg, der örtlichen Landtagsabgeordneten und des Bürgermeisters der Gemeinde Seevetal, gegeben, um die Unsicherheit in Bezug auf den Erhalt von rund 100 qualifizierten Arbeitsplätzen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu mindern.

Da der Pachtvertrag für die Spielbankräume in Hittfeld und der Tarifvertrag für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2004 auslaufen, ist bis Mitte dieses Jahres mit einer Entscheidung im Hinblick auf das „Klassische Spiel“ in Hittfeld zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Bruttospielerträge (BSE) in Niedersachsen im Allgemeinen und am Standort in Hittfeld im Besonderen in den letzten drei Jahren entwickelt, und ist eine Trendwende erkennbar?
2. In welchem Umfang erheben Niedersachsen und andere Bundesländer eine Spielbankabgabe auf das „Klassische Spiel“?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass, nachdem andere Einsparmaßnahmen bereits umgesetzt worden sind, für den Fortbestand der Spielbank Hittfeld die unter anderem vom Landrat des Landkreises Harburg geforderte Absenkung der Spielabgabe unverzichtbar ist?

13. Abgeordnete Dorothea Steiner (GRÜNE)

Klettersportregelung im Weserbergland

Im November 2002 hat der Landtag einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Landesregierung aufgefordert wird, Natursport und Naturtourismus in Niedersachsen weiter zu fördern und auszubauen. Eine Natursportart ist der Klettersport an den Mittelgebirgsfelsen. In Niedersachsen im Harz und im Weserbergland. Die „Interessengemeinschaft Klettern Niedersachsen e. V.“ (IG Klettern) hat schon vor Jahren eine umfangreiche Konzeption mit dem Ziel vorgelegt, eine naturverträgliche Ausübung des Klettersports sicherzustellen. Dabei werden naturschutzfachliche Gesichtspunkte umfassend berücksichtigt. Nach meiner Kenntnis bereitet die

Bezirksregierung Hannover umfangreiche NSG-Ausweisungen u. a. in den FFH-Flächen: „Süntel, Wesergebirge, Deister“, „Ith“ und „Südlicher Selter“ vor. Die Verordnungsentwürfe sollen Kletterverbote in diesen Flächen vorsehen, die die Möglichkeiten des Klettersports, wie sie seit Jahrzehnten Bestand haben, erheblich einschränken werden. Die Absicht, den Umfang des Klettersports auf dem Ordnungswege regeln zu wollen, steht dem Angebot der IG Klettern entgegen, mit dem Naturschutz kooperative Lösungen in den einzelnen Klettergebieten zu suchen und einvernehmlich umzusetzen.

In anderen Ländern werden erfolgreich Regelungen zum Klettersport in Mittelgebirgen auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen zwischen Verbänden, wie dem „Deutschen Alpenverein“ (DAV), der IG Klettern und den Landesumweltministerien getroffen. Die dort vorliegenden positiven Erfahrungen lassen sich auf Niedersachsen übertragen. Freiwillige Vereinbarungen nehmen die Natursportler stärker in die Verantwortung bei der naturverträglichen Ausübung ihres Sports.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der NSG-Ausweisung bzw. der Überarbeitung bestehender Schutzgebietsverordnungen in den oben genannten und weiteren Gebieten, in denen derzeit Klettersport ausgeübt wird, im Einzelnen?
2. Welchen Stellenwert und welches Potenzial für Tourismus, Naherholung und die Stärkung der Regionalentwicklung sieht die Landesregierung beim Klettersport in Niedersachsen?
3. Wie beurteilt sie die Möglichkeiten für Niedersachsen, den Klettersport oder andere Natursportarten über freiwillige Vereinbarungen mit den entsprechenden Verbänden naturverträglich zu regeln?

14. Abgeordneter Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)

Künftige Schwerpunktsetzungen im Radwegebau; Fortführung des Radweges an der L 862

In seiner Rede vom 3. April dieses Jahres hat Herr Minister Hirche ausgeführt, der Baustopp für Radwege an Landesstraßen gehöre der Vergangenheit an. Weiter teilte Herr Minister Hirche mit, das bisherige Bewertungsverfahren für Radwege an Landesstraßen werde aufgehoben.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Herrn Decker vom 22. Juni 2000 führt die Landesregierung u. a. aus, der Radweg an der L 862 zwischen Heubült und Jaderberg sei nach dem einschlägigen Bewertungsverfahren mit mehr als 30 Punkten bewertet worden und werde daher zu 100 % aus Mitteln des Landes finanziert.

Auf die Anfrage des Abgeordneten Herrn Decker vom 13. Dezember 2002 antwortet die Landesregierung, die Regelung, wonach u. a. der Radweg an der L 862 vollständig aus Mitteln des Landes finanziert werden soll, bestehe nach wie vor. Der noch für das Jahr 2002 in Aussicht gestellte Planfeststellungsbeschluss liegt für den Abschnitt Jaderberg - Heubült mittlerweile vor, für den Abschnitt Jade bis Diekmannshausen ist die Planung verfahrensrechtlich abgeschlossen. Dennoch soll nach Auskunft der Gemeinde Jade noch im März 2003 eine Verfügung des Landesamtes für Straßenbau ergangen sein, dass mit dem Bau des Radweges nicht vor 2006 begonnen werde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien beabsichtigt sie, den Radwegebedarf zukünftig zu bewerten, wie werden künftig die Prioritäten für den Bau von Radwegen an Landesstraßen gesetzt, und werden auch die bereits planfestgestellten Radwege in diesem Sinne einer Neubewertung unterzogen?
2. Wird auch künftig am Konstrukt der so genannten Gemeinschaftsradwege mit einer paritätischen Finanzierung durch das Land und die Kommune festgehalten oder ist beabsichtigt, alle neuen Radwege an Landesstraßen künftig zu 100 % aus Landesmitteln zu finanzieren?

3. Welche Priorität genießt der Radweg an der L 862 zwischen Heubült und Jaderberg, wann ist mit dessen Fertigstellung zu rechnen, und ist auch weiterhin beabsichtigt, diesen Radweg zu 100 % aus Landesmitteln zu finanzieren?

15. Abgeordneter Stefan Wenzel (GRÜNE)

Finanzierung der Hochbaumaßnahmen des Landes Niedersachsen

Finanzminister Möllring will laut Presseerklärung vom 24.04.2003 alle aktuellen Bauprojekte des Landes daraufhin überprüfen, ob eine Verzögerung der Fertigstellung ohne größere Nachteile möglich sei. Hintergrund sei eine Überzeichnung der Haushaltsansätze inklusive der zusätzlich eingeplanten Ansätze im Nachtragshaushalt 2003. Nachgedacht wird laut Presseberichten aber offensichtlich auch über eine Aufgabe von Bauprojekten. Einige Bauvorhaben wurden demnach bereits gestoppt.

Stillgelegte Baustellen verursachen jedoch zusätzliche Kosten, weil die Baustellensicherung teurer wird, die Einrichtung der Baustelle länger vorgehalten oder neu eingerichtet werden muss und weil gegebenenfalls auch Vertragsstrafen für bereits erteilte Aufträge anfallen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche größeren Hochbaumaßnahmen in Niedersachsen sollen verzögert, „abgespeckt“ oder gestoppt werden?
2. Welche Summe soll durch die unter Frage 1 genannten Maßnahmen in den Jahren 2003, 2004 und 2005 eingespart werden?
3. Welche zusätzlichen Kosten fallen durch die Bauverzögerung aufgrund von Baustellensicherung, zusätzlichen Einrichtungskosten, Vertragsstrafen u. ä. an?

16. Abgeordnete Ingrid Eckel, Wolfgang Jüttner, Walter Meinhold, Claus Peter Poppe, Silva Seeler, Dr. Gitta Trauernicht, Jacques Voigtländer, Wolfgang Wulf (SPD)

Elternwünsche müssen berücksichtigt werden

In der *Nordwest Zeitung* vom 11.04.2003 wird berichtet, dass sich im Hinblick auf die Errichtung von Kooperativen Gesamtschulen der Ministerpräsident Christian Wulff zu den Forderungen einer Elterninitiative in Ottersberg wie folgt geäußert hat: „Da müssen wir großzügig sein und die Wünsche berücksichtigen, auch wenn unsere Partei keine Gesamtschulen will.“

Diese Äußerung steht im Widerspruch zu den Aussagen des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden und bildungspolitischen Sprechers Herrn Karl-Heinz Klare, der in der Kultusausschusssitzung vom 25.04.2003 auf Nachfrage ausführte, dass ausschließlich die Gesamtschule Helmstedt realisiert würde. Herr Klare erklärte, dass alle Gesamtschulbefürworter in den vergangenen 13 Jahren ihre Anträge hätten stellen müssen.

Die Äußerungen des Ministerpräsidenten stehen auch im Widerspruch zum vorliegenden Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes der Regierungsfractionen, wonach die Neureinrichtung von Gesamtschulen nicht mehr möglich sein soll.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Will sie auch bei anderen Elterninitiativen zur Errichtung von Gesamtschulen bei ihrem Ansatz bleiben, „großzügig“ zu sein und Elternwünsche zu „berücksichtigen“?
2. Wird sie Einfluss auf die Fraktionen der CDU und FDP ausüben, ihren Schulgesetzentwurf entsprechend der Aussage des Ministerpräsidenten zu ändern?
3. Wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die von der Regierung Albrecht 1980 realisierte Lösung, Gesamtschulen als „schulische Angebote“ zuzulassen?

17. Abgeordnete Bernd Althusmann, Friedrich Pörtner (CDU)

Gabriel spricht SPD wirtschaftlichen Sachverstand ab

Nach vorliegenden Presseinformationen der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vom 9. April 2003 hat der frühere Niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel die Wirtschafts- und Steuerpolitik der SPD kritisiert. Laut der *Rheinischen Post* hat der heutige SPD-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag in einem Gespräch gesagt, „man traue seiner Partei gegenwärtig keine wirtschaftliche Kompetenz zu“ und „sie hat sie auch nicht“. In der *Bild am Sonntag* vom 20. April 2003 rät Sigmar Gabriel (SPD) dem derzeit amtierenden Bundeskanzler Schröder (SPD), „er solle zugestehen, dass seine Politik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bisher weder erfolgreich war noch die Menschen in Deutschland erreicht hat“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die niedersächsische Wirtschaftspolitik in Sachen Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum und Gesundheit der niedersächsischen Staatsfinanzen insbesondere seit Amtsantritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Gabriel (SPD)?
2. Worauf könnten sich die Vermutungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden hinsichtlich fehlender wirtschaftlicher Kompetenz angesichts der Wirtschafts- und Wachstumspolitik in Gesamtdeutschland gründen?
3. Kann die Landesregierung in Zahlen konkret bestätigen, dass der niedersächsische Fraktionsvorsitzende der SPD vermutlich Recht mit der Behauptung hat, die rot-grüne Bundesregierung habe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit versagt?

18. Abgeordneter Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)

Ist die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen eine „Quasselbude“?

Am 23. April 2003 führte der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende David McAllister in Bremen Gespräche mit seinem Bremer Kollegen Jens Eckhoff. Laut Presseberichten bezeichnete Eckhoff in diesem Zusammenhang die Gremien der Gemeinsamen Landesplanung Niedersachsen/Bremen als „Quasselbuden“, was durch McAllister mit dem Hinweis „Papiere für 2020 haben wir genug“ ergänzt wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt sie die von den beiden Politikern damit zum Ausdruck gebrachte Negativbeurteilung der Arbeit in den Gremien bzw. Nachfolgegremien der Gemeinsamen Landesplanung, und wie begründet sie ihre Meinung?
2. Welches Konzept hat sie, um die schwierigen und komplexen Beziehungen zwischen dem Land Bremen und seinem niedersächsischen Umland zu verbessern, wenn die bisherigen Gremien der Zusammenarbeit als untauglich angesehen werden?
3. Ist sie bereit, die konkreten Handlungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit zu verbessern, indem sie den finanziellen Rahmen für die „Gemeinsame Landesplanung“ erweitert?

19. Abgeordneter Dieter Steinecke (SPD)

Keine Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamte ?

Bei der Vorstellung des Nachtragshaushalts 2003 am 07.04.2003 hat die Landesregierung der Presse gegenüber ihre Pläne erläutert, durch die Nutzung der vorgesehenen Öffnungsklausel in der Beamtenvergütung die jährliche Sondervergütung auf 65 % der Bemessungsgrundlage abzusenken. Dies würde entsprechend der Kabinettsvorlage der Niedersächsischen Landesregierung zu Einsparungen von 109 Millionen Euro führen.

In einer Meldung des *Meppener Tageblatts* vom 24.04.2003 wird der Innenminister Uwe Schünemann mit der Aussage zitiert, Niedersachsen plane weder die Absenkung des Urlaubsgeldes noch die des Weihnachtsgeldes für Beamte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sie sich in der Frage der Absenkung der Weihnachtsgelder für Beamte positioniert?
2. Wie ist die Äußerung des Innenministers Schünemann in diesem Zusammenhang einzuordnen?
3. Wie will die Landesregierung die fehlenden Einsparungen von 109 Millionen Euro gegenfinanzieren, falls von einer Absenkung des Weihnachtsgeldes Abstand genommen wird?

20. Abgeordnete Karin Stief-Kreihe (SPD)

„Förster werden Biologielehrer und Polizisten“

Die Landesforstverwaltung soll in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Der Zuschussbedarf soll auf Null gebracht werden. Laut *HAZ* vom 22/23.03.2003 „will Herr Minister Ehlen zumindest im eigenen Haus Zeichen setzen: Seine Förster etwa sollen bald als Biologielehrer tätig werden.“ Auf einer Veranstaltung in Dörrieh wurde laut Aussagen von Besuchern der Veranstaltung eine weitere „Verwendung“ des Personals von Herrn Minister Ehlen genannt: Förster könnten auch zur Polizei gehen. Sie hätten schließlich auch eine grüne Uniform, und schießen könnten sie auch.

Vor dem Hintergrund, dass solche Äußerungen von Betroffenen der genannten Berufsgruppen als Missachtung ihrer beruflichen Leistungen aufgefasst werden können, frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Äußerung von Herrn Minister Ehlen mit ihr abgestimmt?
2. Hält sie solche Äußerungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Landesbediensteten, deren Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen?
3. In welchem Umfang sollen bei der Umstrukturierung der Forstverwaltung Personalstellen eingespart werden, und bis wann soll eine Umwandlung der Forstverwaltung in eine Anstalt öffentlichen Rechts erfolgen?